

**Stellungnahme Gas Connect Austria GmbH:
Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 –
2. Novelle 2020**

(05. Mai 2020)

Inhalt:

Präambel.....	3
Stellungnahme	4
1 Modellberechnungen.....	4
2 Neu zu schaffende Kapazitäten.....	4
3 Ausgleichszahlung	5
4 Refundierung Wartungsarbeiten.....	5
5 In-Kraft-Treten.....	6

PRÄAMBEL

Gas Connect Austria GmbH gibt hiermit eine Stellungnahme zur Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – 2. Novelle 2020, GSNE-VO 2013 – 2. Novelle 2020), ab.

STELLUNGNAHME

1 MODELLBERECHNUNGEN

TAR TARIFF MO- DEL 2020- 2024_FIN.XLSX

- Der CAA Test weist einen Wert von über 10% aus, was letztendlich darauf zurückzuführen ist, dass die Aufteilung der Kosten in beeinflussbare und nicht beeinflussbare nicht erfolgt ist. Unserer Ansicht nach sind daher diese beiden Kostenblöcke separat zu betrachten.
- Ein weiterer Effekt aus der separaten Betrachtung der beeinflussbaren und nicht beeinflussbaren Kosten ist eine Verbesserung der verursachungsgerechten Kostenzuweisung. Die separate Betrachtung würde zu einer signifikanten Senkung der Ausgleichszahlungen in der Höhe von rund 2 Millionen EUR pro Jahr führen (siehe dazu Punkt 3).

2 NEU ZU SCHAFFENDE KAPAZITÄTEN

Z 4 §3 ABS. 4 Z 1

- Der obligatorische Mindestaufschlag für das Projekt Entry Überackern wird mit dem Verweis auf Art. 22 Abs. 3 NC CAM und dem negativen Wirtschaftlichkeitstest gestrichen. Wir sehen das Ende eines Projektes neu zu schaffender Kapazitäten bedingt durch einen negativen Wirtschaftlichkeitstest kritisch.
- Daher möchten wir den Mindestaufschlag beibehalten, um in Folgejahren erneut einen Wirtschaftlichkeitstest flexibel und ohne Durchlauf des gesamten „Incremental Prozesses“ durchführen zu können.

§3 ABS. 4 Z 1 BIS Z 3

- Wir begrüßen ausdrücklich die Beibehaltung der obligatorischen Mindestaufschläge, welche u. A. n. die rechtsichere Vergabe von neuen oder zusätzlichen Kapazitäten sicherstellt.
- Wir erlauben uns anzumerken, dass die obligatorischen Mindestaufschläge in Abhängigkeit der Höhe der (neuen) Netznutzungsentgelte (Referenzpreise) der gegenständlichen GSNE-VO der Höhe nach so anzupassen sind, dass eine Kostendeckung unter Zugrundelegung des in der VO angeführten Mindestmengengerüsts sichergestellt ist.

3 AUSGLEICHSAHUNG

Z 17

§ 7 Abs. 2

- Die Ausgleichszahlungen steigen in der folgenden Tarifperiode von 9,8 auf 14,9 MEUR. Dies bedeutet für die Tarife der Gas Connect Austria eine schlechtere Wettbewerbsfähigkeit. Wir schlagen eine Unterteilung in beeinflussbare und nicht beeinflussbare Kosten bei der Tariffberechnung laut Referenzpreismethode vor, was eine Senkung der Ausgleichszahlungen um ca. 2 MEUR bedeuten würde (siehe Punkt 1).

4 REFUNDIERUNG WARTUNGSARBEITEN

Z 11

§ 3 Abs. 10

- Generell möchten wir anmerken, dass die Zahl von 360 Stunden von uns nicht nachvollzogen werden kann. Zudem erkennen wir auch einen gewissen Widerspruch zu der bislang gelebten Praxis, da enormer Zeitdruck aufgebaut wird und im Lichte der Umwelt- und Sicherheitsgedanken nicht unbedingt ein Vorteil erkennbar ist. Insbesondere sind wir sehr erfolgreich dabei, den Methanausstoß bei Wartungsarbeiten zu reduzieren und nehmen zusätzliche Zeiten für Kompression von Erdgas in Anlagenteile, die von Wartungsarbeiten nicht betroffen sind, in Kauf. Außerdem widerspricht der Effizienzfaktor auf die OPEX der Abdeckung der Mehrausgaben, die durch Wartungsarbeiten in 24/7 zusätzlich anfallen würden. Aktuell werden Arbeiten im Regelfall zu Normalarbeitszeiten durchgeführt.
- Generell ist die Mehrzahl unserer Wartungsarbeiten mit nur teilweisen Einschränkungen verbunden. Im Sinne der Versorgungssicherheit finden Einbindungsarbeiten meist neben druckreduziertem Fluss statt. Zum Teil entstehen für diesen teilweisen Fluss auch Kosten, falls Provisorien gebaut werden.
- Ungeklärt ist auch die Folgewirkung, die beispielsweise am Punkt Murfeld auftreten kann. Solange die Verkürzung der Wartungsarbeiten nicht im eigenen Einflussbereich des FNB steht, sehen wir eine Schieflage.
- Als Alternative möchten wir die 360 Stunden-Grenze für 100% Kapazitätseinschränkung vorschlagen. So eine Regelung würde massiv den Zeitdruck von den Wartungsarbeiten nehmen und andererseits die bislang gelebte Praxis der maximalen Versorgungssicherheit beibehalten.

5 IN-KRAFT-TRETEN

Z 19**NEUER****§ 21 Abs. 16**

- Die nunmehrige Novelle zur GSNE-VO 2013 soll mit Beginn des Gastages 1. Oktober 2020 in Kraft treten.
- Diese Regelung steht, jedenfalls soweit sie die Tarife im Fernleitungsnetz betrifft, im Widerspruch zu § 82 Abs. 1 GWG 2011, der wie folgt lautet:

„Die Ermittlung der Tarife des Fernleitungsnetzbetreibers erfolgt auf Basis einer von der Regulierungsbehörde mit Bescheid zu genehmigenden Methode, die den Anforderungen des Art. 13 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 zu entsprechen hat. Die der Berechnung der Tarife zugrundeliegenden Kosten und Mengengerüste sind in den Bescheid aufzunehmen. Dabei ist sicher zu stellen, dass für die Fernleitungsnetzbetreiber Anreize bestehen, die Effizienz zu steigern und notwendige Investitionen angemessen durchführen zu können. Die Behandlung von Erlösen aus marktorientierten Kapazitätsvergabeverfahren sind bei der Erstellung der Methode zu berücksichtigen. § 80 ist sinngemäß anzuwenden. Die Methode ist über Aufforderung der Regulierungsbehörde abzuändern oder neu zu erstellen. Die aus der genehmigten Methode resultierenden Tarife sind durch Verordnung der Regulierungsbehörde festzulegen und im Internet zu veröffentlichen.“
- Aus § 82 Abs. 1 GWG 2011 ergibt sich zwangsläufig, dass die jeweiligen Tarife auf dem jeweiligen Methodenbescheid aufzubauen haben, was nichts Anderes bedeutet als dass ein zeitlicher Gleichklang zwischen Tarifverordnung und zugrundeliegender Tarifmethode insofern bestehen muss, als dass sich die Tarifverordnung nicht auf Zeiträume außerhalb des zeitlichen Geltungsbereichs der zugrundeliegenden Tarifmethode beziehen darf. Genau diese zeitliche Synchronität ist in unserem Fall nicht gegeben, ist doch unsere aktuelle Tarifmethode bis 31.12.2020 genehmigt und soll unsere künftige Tarifmethode erst ab 1.1.2021 gelten.

Z 19**NEUER****§ 21 Abs. 16**

- Auf Seite 2 der Erläuterungen wird demgegenüber versucht, das Inkrafttreten der 2. Novelle 2020 zur GSNE-VO 2013 zum 1.10.2020 damit zu begründen, dass es darum ginge, eine Übereinstimmung mit den Standardkapazitätsprodukten gemäß Verordnung (EU) 2017/459 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen, ABl. Nr. L 72 vom 17.03.2017 S. 1, (NC CAM), und im Speziellen des Jahres-Standardkapazitätsprodukts, herzustellen. Mit anderen Worten: es wird suggeriert, dass dieser geänderte Inkrafttretens-Zeitpunkt unionsrechtlich geboten wäre.
- Diese Argumentation können wir nicht nachvollziehen. Ganz im Gegenteil ergibt sich aus der Verordnung (EU) 2017/460 der Kommission zur Festlegung eines Netzkodex über harmonisierte Fernleistungs-entgeltstrukturen, ABl. Nr. L 72 vom 17.03.2017, S. 29, dass ein Gleichklang zwischen Entgeltperiode und Gasjahr unionsrechtlich gerade nicht erforderlich ist. Konkret folgt dies aus Art. 12 Abs. 2 der VO (EU) 2017/460, der Regelungen für den Fall trifft, dass Entgeltperiode und Gasjahr nicht übereinstimmen. Hierdurch wird nämlich die Zulässigkeit, dass die Entgeltperiode und das Gasjahr nicht übereinstimmen, explizit vorausgesetzt. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass das Unionsrecht entgegen den Ausführungen in den Erläuterungen 2. Novelle 2020 zur GSNE-VO 2013 eben keine Übereinstimmung von Entgeltperiode und Gasjahr gebietet. Mangels abweichender Vorgaben des Unionsrechts ist daher die Regelung gemäß § 82 Abs. 1 GWG 2011 zu beachten, wonach Tarifmethode und Tarifverordnung zeitlich synchron laufen müssen wie oben beschrieben.
- Um eine Gesetzwidrigkeit zu vermeiden, fordern wir daher, dass die 2. Novelle 2020 zur GSNE-VO 2013 wie unsere ihr zugrundeliegende neue Tarifmethode zum 1.1.2021 in Kraft tritt.